

Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post

- Beschlußkammer 2 -

Entscheidung

in dem Verfahren wegen

Genehmigung der Entgelte und entgeltrelevanten Bestandteile der Allgemeinen Geschäftsbedingungen für den Sprachtelefondienst an bundeseinheitlichen gesetzlichen Feiertagen sowie in der Zeit vom 24. Dezember bis einschließlich 1. Januar.

Az.: BK 2-1 98/021

Verfahrensbeteiligte:

Deutsche Telekom AG

Friedrich-Ebert-Allee 140
53113 Bonn

vertreten durch ihren Vorstand, Dr. Ron Sommer (Vorsitzender), Detlev Buchal, Dr. rer. nat. Hagen Hultzsich, Dr. Heinz Klinkhammer, Dr. Joachim Kröske, Dipl.-Ing. Gerd Tenzer,

- Antragstellerin -

hat die Beschlußkammer 2 der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post ohne öffentliche mündliche Verhandlung in der Besetzung

Ltd. RD Dipl.-Ing. Kuhrmeyer

(Vorsitzender),


ROAR Dipl. Kfm. Schug

(Beisitzer 1) und

RR z. A. Busch

(Beisitzer 2),

am 09.11.98 entschieden:

Dienstgebäude
Bad Godesberg
Heinrich-von-Stephan-Str. 1
53175 Bonn
 (02 28) 14-0

Telefax
(02 28)
14-88 72

X.400
S=poststelle
P=regtp
A=bund400
C=de

E-Mail
poststelle@regtp.de

Internet
<http://www.regtp.de>

Kontoverbindungen
Bundeskasse Bonn
Landeszentralbank Bonn
(BLZ 380 000 00)
Konto-Nr. 380 010 60

Bundeskasse Bonn
Postbank Köln
(BLZ 370 100 50)
Konto-Nr. 119 00-505

Die Entgelte und entgeltrelevanten Bestandteile der Allgemeinen Geschäftsbedingungen für den Sprachtelefondienst an bundeseinheitlichen gesetzlichen Feiertagen sowie in der Zeit vom 24. Dezember bis einschließlich 1. Januar werden befristet bis zum 31.12.99 genehmigt.

Die Abweichung von der gemäß § 29 Abs. 1 TKV 97 vorgeschriebenen Veröffentlichungsfrist von einem Monat vor dem Inkrafttreten der Entgelte wird insoweit genehmigt, daß die Entgelte umgehend in Kraft treten und unverzüglich zu veröffentlichen sind.

Gründe

I.

Mit Bescheid (Az.: BMPT 213) vom 09.12.97 wurde der Antragstellerin vom Bundesministerium für Post und Telekommunikation die Beschreibung des Price-Cap-Systems für den Sprachtelefondienst inklusive der Zusammensetzung der Warenkörbe, nach dem die Entgeltregulierung ab dem 01.01.98 durchgeführt wird, mitgeteilt. Damit erfolgte die Vorgabe der Maßgrößen und sämtlicher Nebenbestimmungen, auf deren Grundlage ab 01.01.98 Tarifierträge zu genehmigen sind. Das Price-Cap-System wurde am 17.12.97 im Amtsblatt des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation veröffentlicht.

Für die erste Price-Cap-Periode vom 01.01.98 bis 31.12.99 ist das durchschnittliche Entgelt für die in den Warenkörben zusammengefaßten Dienstleistungen um jeweils mindestens 4,3% abzusenken, wobei die Entgelte im Tarifbereich "City" nicht erhöht werden dürfen.

Mit Bescheid (Az.: BK 2-1 2/98) vom 30.01.98 wurden die von der Antragstellerin mit Schreiben (Az.: VV 23) vom 17.12.97 beantragten Entgelte und entgeltrelevanten Bestandteile der Allgemeinen Geschäftsbedingungen auf der Grundlage der am 09.12.97 vorgegebenen Maßgrößen und Nebenbestimmungen befristet bis zum 31.12.99 genehmigt.

Bestehende Rabatt- und Sonderregelungen, einschließlich der Regelung zwischen Weihnachten und Neujahr, wurden in das Price-Cap-System eingebunden. Dabei sind die im Preis ermäßigten Leistungen als eigenständige Price-Cap-Positionen umsatzbewertet in den jeweiligen Warenkörben entsprechend der Price-Cap-Formel berücksichtigt.

Mit Schreiben (Az.: VV 23-1) vom 12.10.98 hat die Antragstellerin einen Antrag auf Genehmigung der Entgelte und entgeltrelevanten Bestandteile der Allgemeinen Geschäftsbedingungen für den Sprachtelefondienst an bundeseinheitlichen gesetzlichen Feiertagen sowie in der Zeit vom 24. Dezember bis einschließlich 1. Januar gemäß § 25 Abs. 1 i. V. m. § 27 Abs.1 Nr. 2 TKG im Rahmen der geltenden Price-Cap-Regulierung gestellt.

Gleichzeitig hat die Antragstellerin die Verkürzung der nach § 29 Abs. 1 Satz 1 TKV 97 vorgeschriebenen Veröffentlichungsfrist beantragt, damit diese Preismaßnahme unmittelbar nach der Genehmigung in Kraft treten kann.

Die Antragstellerin beabsichtigt an bundeseinheitlichen gesetzlichen Feiertagen sowie in der Zeit vom 24. Dezember bis einschließlich 1. Januar die Verbindungen im Sprachtelefondienst abweichend von den Standardtarifen wie folgt zu tariffleren:

- Die Werkstage zwischen Weihnachten und Neujahr werden genau so tariffiert wie die Feiertage in diesem Zeitraum.

- Der günstige Nachttarif in der Zeit von 2 Uhr bis 5 Uhr, wie er bislang an den Werktagen zwischen dem 27. Dezember und dem 30. Dezember gegolten hat, wird an allen Tagen zwischen dem 24. Dezember und dem 1. Januar gewährt.
- Für eine Liste von 33 europäischen Ländern und für den Grenzzonentarif Vis-à-vis 1 gilt 24 Stunden durchgängig ein besonderer Spartarif im Zeitraum vom 24. Dezember bis 1. Januar.

II.

- a) Die Voraussetzungen für ein Verfahren gemäß § 66 i. V. m. § 73 Abs. 1 Satz 1 TKG sind erfüllt, denn es handelt sich um eine Entscheidung der Regulierungsbehörde nach den Regelungen des Dritten Teils des TKG einschließlich der entsprechenden Verordnungen, d. h. vorliegend der auf Grund des § 27 Abs. 4 TKG erlassenen TEntgV. Das Verfahren wurde ordnungsgemäß durchgeführt.

Das vorgelegte Angebot unterliegt gemäß § 25 Abs. 1 TKG der Genehmigungspflicht. Es handelt sich insoweit um Entgelte und entgeltrelevante Bestandteile Allgemeiner Geschäftsbedingungen für das Angebot von Sprachtelefondienst im Rahmen der Lizenzklasse 4 nach § 6 TKG.

Die Antragstellerin verfügt auf dem Markt für das Angebot von Sprachtelefondienst im Rahmen der Lizenzklasse 4 nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 TKG über eine marktbeherrschende Stellung nach § 22 des Gesetzes über Wettbewerbsbeschränkungen. Der Antragstellerin war bis zum Ablauf des 31.12.97 gemäß § 99 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b) TKG das ausschließliche Recht verliehen worden, Sprachtelefondienst nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 TKG zu erbringen. Für die Zeit nach dem Ablauf des 31.12.97 wurde ihr eine Lizenz (Nummer 97 04 517) der Lizenzklasse 4 nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 TKG erteilt. Es kann daher dahingestellt bleiben, ob die Alleinstellung der Deutschen Telekom AG seit Erlöschen des ausschließlichen Rechts nach § 99 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b) TKG überhaupt spürbar abgenommen hat. Es ist davon auszugehen, daß die Deutsche Telekom AG im Bereich des Sprachtelefondienstes noch auf absehbare Zeit eine marktbeherrschende Stellung innehaben wird.

- b) Die Genehmigungsvoraussetzungen sind erfüllt.

Der Entgeltantrag vom 12.10.98 ist prüffähig. Die mit ihm vorgelegten Unterlagen ermöglichen es, die Einhaltung der nach § 4 TEntgV vorgegebenen Maßgrößen und Nebenbestimmungen (§ 5 Abs. 1 TEntgV) zu überprüfen.

Mit dem beantragten Entgelt für den Sprachtelefondienst an bundeseinheitlichen gesetzlichen Feiertagen sowie in der Zeit vom 24. Dezember bis einschließlich 1. Januar ergibt sich für den Privatkunden-Warenkorb eine zusätzliche Absenkung in Höhe von 0,036% und für den Geschäftskunden-Warenkorb eine zusätzliche Absenkung in Höhe von 0,045%. Für das Jahr 1998 ergibt sich somit für den Privatkunden-Warenkorb insgesamt eine erzielte Niveauabsenkung in Höhe von 4,43% und für den Geschäftskunden-Warenkorb insgesamt eine erzielte Niveauabsenkung in Höhe von 4,94%.

Die rechnerische Prüfung der anteiligen Umsätze jeder Entgeltposition bestätigt die von der Antragstellerin ausgewiesene zusätzliche Tarifniveauabsenkung für die beiden Warenkörbe.

Desweiteren hat die Regulierungsbehörde gemäß § 27 Abs. 3 TKG neben der Einhaltung der o. g. Maßgrößen auch zu prüfen, ob die beantragten Entgelte mit anderen Vorschriften

des TKG oder anderen Rechtsvorschriften in Einklang stehen. Sofern diese nicht im Einklang stehen, ist die Genehmigung der Entgelte zu versagen.

Insbesondere im Hinblick auf die bereits seit langem erfolgte Anwendung der Sonderregelung für Telefongespräche an bundeseinheitlichen gesetzlichen Feiertagen sowie in der Zeit vom 24. Dezember bis einschließlich 1. Januar sind seitens der Beschluskammer 2 keine Verstöße gegen andere, insbesondere für den Wettbewerb zu beachtende Rechtsvorschriften erkennbar.

Die Befristung der Genehmigung erfolgt gemäß § 28 Abs. 3 TKG i. V. m. § 36 Abs. 2 Nr. 1 VwVfG.

Dem Bundeskartellamt wurde gemäß § 82 Satz 3 TKG Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage bei dem Verwaltungsgericht in Köln, Appellhofplatz, 50667 Köln, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Der Klage nebst Anlagen sollen so viele Abschriften beigefügt werden, daß alle Beteiligten eine Ausfertigung erhalten können.

Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet.

Eine Klage hat keine aufschiebende Wirkung.

Kuhrmeyer
(Vorsitzender)

Schug
(Beisitzer)

Busch
(Beisitzer)